

Information gemäß Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung

1. Verantwortliche für die Datenverarbeitung:

Stadtwerke Rotenburg a. d. Fulda
Baumbacher Straße 20
36199 Rotenburg a. d. Fulda
Telefon: 06623 – 912320
Mail: info@stadtwerke-rof.de

2. Beauftragte oder Auftraggeber für den Datenschutz:

Madeleine Reuffurth
Sicherheitstechnik Stolz GbR
Berliner Straße 1
36251 Bad Hersfeld
Telefon: 06621 - 9680093
Mail: madeleine.reuffurth@sicherheitstechnik-stolz.de

3. Herkunft und Art der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von Ihnen erhalten.

Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Aufgaben erforderlich – personenbezogene Daten, die wir von anderen Unternehmen, Behörden, Verbänden und Gerichten im Rahmen der Betriebsführung für die öffentliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung erhalten haben.

Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus zugänglichen Quellen (z. B. Melderegister, Geoinformationssysteme, Grundbuchauskunft sowie aus öffentlichen Medien erhalten haben.

Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Name, Adresse und andere Kontaktdaten), Bankverbindungsdaten (z. B. IBAN, Kontoinhaber). Darüber hinaus werden auch Messwerte und Verbrauchsdaten (z. B. Zählerstände) verarbeitet und gespeichert sowie Daten im Rahmen von Eigentums- und Besitzverhältnissen z. B. Eigentum an Grundstücken.

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

- aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art.6 Abs.1 Buchst.c DSGVO)

Zudem unterliegen wir als öffentlich rechtliches Unternehmen diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen und Verordnungen (z. B. Steuergesetze, Satzungen der Stadt Rotenburg a. d. Fulda und weiteren Verordnungen und Gesetze). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören die Überwachung von Abwässern, Erhebung von Beiträgen zur Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Erneuerung der Abwasseranlage, Verschaffen einer erstmaligen Anschlussmöglichkeit, Erhebung von Grundstücksanschlusskosten sowie Benutzungsgebühren für das Einleiten von Niederschlags- und Schmutzwasser, das Behandeln von Schlamm aus Kleinkläranlagen und Abwasser aus Gruben. Weiterhin die Überprüfung der Wasserverbrauchsanlage, die Feststellung von Verbräuchen, Funktionstests der Wasserzähler und Lecksuche, Erhebung von Grundstücksanschlusskosten an das öffentliche Wasserleitungsnetz sowie Benutzungsgebühren für das Leitungsnetz. Rechtsgrundlage sind §§ 10-12 Gesetz über kommunale Abgaben (KAG), §§ 37-40 Hessisches Wassergesetz (HWG), §§ 30, 31, 36 HWG.

5. Empfänger der Daten:

Innerhalb des Unternehmens, auch Stadt Rotenburg a. d. Fulda, erhalten diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer Aufgaben brauchen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten. Dies sind Unternehmen in den Kategorien IT-Dienstleistungen, Druck- und Versanddienstleistungen. Weiterhin Gerichte, mit Beratung und gerichtlicher Vertretung beauftragte Rechtsanwälte und Verbände, Ausschüsse in Anhörungsverfahren sowie öffentlich bestellte Sachverständige und Haftpflichtversicherungen in Schadensfällen.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb des Unternehmens ist zunächst zu beachten, dass wir die geltenden Datenschutzvorschriften beachten. Informationen über Sie dürfen wir nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, dies zur Erfüllung vertraglicher Pflichten erforderlich ist, Sie eingewilligt haben oder wir zur Erteilung einer Auskunft befugt sind.

6. Dauer der Speicherung:

Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung. Dabei ist zu beachten, dass unsere Geschäftsbeziehung ein Dauerschuldverhältnis ist, welches auf Jahre angelegt ist. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen bis zu zehn Jahre. Daten aus der Erhebung für Baumaßnahmen werden 30 Jahre bzw. so lange gespeichert, wie dies für dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

7. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO). Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

8. Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Postfach 3163
65021 Wiesbaden
Telefon: 0611 – 1408-0
Telefax: 0611 – 1408-900
E-Mail: poststelle@datenschutz-hessen.de